

# BI: Soll hier Druck ausgeübt werden?

Initiative will sich weiter für umweltfreundlichen Bergbau einsetzen / „Wasser in Not“: Alles nur ein Trick

VON PETER HARTMANN

**GIESEN.** Mit Misstrauen hat die Bürgerinitiative Giesen Schacht die Nachricht vom Teilrückzug von Kali+Salz zur Kenntnis genommen. Man fühlt sich aber auch ermuntert, „sehr selbstbewusst“ weiter seine Interessen zu vertreten. Man lasse sich nicht von der Drohung mit verlorenen Arbeitsplätzen unter Druck setzen.

Anfang der Woche hatte Kali+Salz überraschend angekündigt, sich aus kaufmännischen Gründen vorerst von einer Wiederaufnahme des Kaliabbaus in Giesen zu verabschieden. Nach Angaben des Unternehmens sind die Kali-Preise weltweit stark gesunken, es gebe auch genügend Kali auf dem Markt, sodass K+S seine Kunden aus vorhandenen Beständen versorgen könne. Die Nach-

richt hatte im Raum Hildesheim erheblich für Unruhe gesorgt, zumal man sich neben Steuereinnahmen vor allem mehrere hundert neue Arbeitsplätze erhofft hatte. Allerdings wies K+S bereits in seiner ersten Mitteilung darauf hin, dass nach der Entscheidung des Landesbergamtes eine Fünfjahresfrist offen sei, in der sich das Unternehmen entscheiden könne, ob es von der erwarteten Genehmigung Gebrauch macht. Die Bürgerinitiative wirft in einer Pressemitteilung die Frage auf, was mit der Presseinformation erreicht werden solle. „Soll mit der immer wieder gebetsmühlenartigen Nennung der Arbeitsplätze Druck auf die Politik ausgeübt werden?“ Oder sei das Ganze eine verdeckte Drohung, dass K+S den Betrieb nur aufnimmt, „wenn alle Anwohner und die Gemeinde sich den Wünschen des Betreibers unterordnen“?

Das Raumordnungsverfahren sei nicht abgeschlossen. Wirtschaftsminister Lies habe deutlich gemacht, dass er eine Wiederinbetriebnahme „nach modernsten Umwelt- und Technikmaßstäben“ für wünschenswert hält. Dies sei Standpunkt der BI. Und Umweltminister Wenzel fordere eine „abstoßungsfreie Produktion ohne Einleitung in Gewässer und ohne neue Halden“.

Man müsse weiter die Interessen der Bürger vertreten, ist das Fazit der BI. Bürgermeister Lücke habe in seinem Wahlkampf deutlich gemacht, dass es in der Gemeinde auch ohne K+S weitergehe. Allerdings räumt auch die BI ein, dass es neue positive Entwicklungen für die Gemeinde durch eine Wiederinbetriebnahme des Bergwerks gebe. „Dies setzt aber voraus, dass der künftige Betreiber sich als guter Nachbar präsentiert.“ Jeder

habe seinen Müll ordnungsgemäß zu entsorgen und sich so rücksichtsvoll zu verhalten, dass das Leben seiner Mitmenschen und Nachbarn nicht eingeschränkt wird. „Dies ist unser Verständnis von moderner Industriepolitik“.

Langfristig, meint die Initiative, biete eine moderne Industrieanlage sogar viele Vorteile. Mit einem rückstandsfreien Bergbau schaffe man sichere Arbeitsplätze, er bedeute einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem „schmutzigen“ Kalibergbau. Die BI werde daher am Genehmigungsverfahren weiter aktiv teilnehmen und sich für einen umweltfreundlichen Bergbau einsetzen.

Die Initiative „Wasser in Not“ in Gersungen behauptet derweil, die Ankündigung für Giesen sei nur ein Trick gewesen, um die Genehmigung zur Einleitung von Salz in die Werra zu bekommen.